

geschichte in die politische Geschichte ermöglichen. Erst wenn diese Integration einmal erreicht ist, wird man vielleicht von einer gelungenen Alternative oder Überwindung der sogenannten »bürgerlichen« Geschichtswissenschaft sprechen können. Bisher ist diese nur in Einzelgebieten, zum Beispiel im Bereich der deutschen Agrargeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, mit Erfolg in Frage gestellt. Meist beschränkt sich die gesuchte Alternative auf kategoriale oder politisch-polemische Kritik.

Ein besonderes Integrationsproblem dürfte sich dann einstellen, wenn die bisher nach Auskunft der Autoren über die Marx-Engels-Forschung in der DDR vernachlässigten Untersuchungen der tagespolitischen Aktivitäten der Väter des Marxismus begonnen werden. Die bisher vorherrschende Tendenz, widerspruchsfreie Deutungen der Lehren und glorifizierende Viten dieser beiden Männer zu liefern, könnte dann gebrochen werden, wenn sich stets betonte Einheit zwischen Theorie und Praxis in detaillierten Studien nur noch schwer nachweisen läßt.

Eine Voraussetzung für derartige Integrationsvorhaben ist Teamarbeit und Kollektiv-Verfasserschaft, mit denen in der DDR, wie Titel ausweisen, bereits beträchtliche Erfahrungen vorliegen. Im vorliegenden Sammelband fehlt leider eine Übersicht der Berichte über Organisationsformen von Forschungsprojekten.

In einem Bereich sind die politisch-historischen DDR-Publikationen für Wissenschaftler im westlichen Ausland unersetzlich: für die Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte, speziell der Entwicklung der SBZ/DDR. Werden Akten aus der Zeit vor 1945 nur einigen – nach bisher unergründlichen Kriterien – Ausgewählten zugänglich gemacht, so konnten Akten aus der Zeit nach 1945 bisher nur von marxistisch-leninistischen Forschern eingesehen werden. Ihre zahlreichen Arbeiten müssen als Ersatz und zugleich als relativ zuverlässige Informationsmittel über die SBZ/DDR-Geschichte angesehen werden. Ein Teil der Dissertationen, die an partei- oder staats-eigenen Forschungsinstituten geschrieben wurden, sind nicht allgemein entleihbar. Eine Kennzeichnung solcher Arbeiten wäre wünschenswert gewesen. Jedoch sind die Hinweise auf zugängliche Publikationen so zahlreich, daß durch ihre Lektüre allein die in der Bundesrepublik noch immer unzulängliche Kenntnis der inneren Entwicklung und Struktur der DDR erweitert werden könnte.

Arnold Sywottek

Handlexikon zur Politikwissenschaft, hrsg. von Axel Görlitz, Ehrenwirth Verlag, München 1970, 482 S., Ln., 38 DM.

Die Politikwissenschaft wird gelegentlich als Disziplin auf der Suche nach ihrem Gegenstand bezeichnet. In der Tat besteht innerhalb der Disziplin nur so weit Einigkeit, daß als spezifisches politikwissenschaftliches Forschungsobjekt das Politische, politisches Handeln oder das politische System angesehen werden. Dieses formale Einverständnis über die Objekte politikwissenschaftlicher Forschung bewahrt die Disziplin kaum vor internen Auseinandersetzungen über Methode und Inhalte der Gegenstände, die in ihrem Rahmen zu erforschen sind. Hierin liegt eine der Schwierigkeiten, diejenigen Grundbegriffe zu bestimmen, die in einem Handlexikon der Politikwissenschaft dargestellt und analysiert werden sollen.

Die Autoren des vorliegenden Handbuches zur Politikwissenschaft unternehmen den ehrgeizigen Versuch, mit diesem Nachschlagewerk politisches Bewußtsein zu vermitteln (S. 6). Diese Vermittlung soll in einem Dreischritt erfolgen: Zunächst geht es um die Aufbereitung der historischen, ökonomischen und soziologischen »Implikationen eines Geschehens« (S. 6), um den Lehrstoff transparent zu machen. Die Informationen sollen in einem weiteren Schritt reflektiert und analysiert werden, um

die Zusammenhänge sichtbar zu machen und um damit den Leser mit Problembewußtsein auszustatten. Die Fülle sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse wird dann soweit strukturiert, daß der Leser ein »Wertbewußtsein« (S. 6) erhält, d. h., daß er mit Hilfe einer systemimmanenten und einer systemtranszendenten Ideologiekritik die erkenntnisleitenden Interessen und die theoretischen Implikationen der dargestellten Gegenstände erkennen kann. Der Antrieb dazu und die Erfüllung des Anspruches, politisches Bewußtsein zu vermitteln, bestimmte sich nicht zuletzt aus dem Wissenschaftsverständnis und dem Erkenntnisinteresse der einzelnen Autoren des Handbuches zur Politikwissenschaft. Alle Beiträge sind von dem Bemühen getragen, »das rationale Problemlösungsverhalten« fördern zu wollen, um dem Leser »Kriterien zur selbständigen Urteilsbildung« (S. 6) zu vermitteln.

Das gemeinsame erkenntnisleitende Interesse der Autoren des Nachschlagewerkes schließt jedoch kein einheitliches methodisches Vorgehen ein. Man einigte sich auf einige Arbeitsgrundsätze, die von der didaktisch-methodischen Aufbereitung des jeweiligen Themas über die Präsentation der Fakten, die Theoretisierung und Problematisierung des Fragenkreises bis zu einer kurzen Bibliographie relevanter Literatur zu jedem Stichwort reichen. Von daher versteht es sich von selbst, daß ein »theoretischer Pluralismus für die Konzeption [...] konstituierend« (S. 5) war. Das »Handlexikon zur Politikwissenschaft« umfaßt einen Kanon von 100 Begriffen, die die Gegenstände der Regierungslehre, der politischen Soziologie, wie Parteien und Verbände, der internationalen Beziehungen, der politischen Ideengeschichte und der politischen Theorie umfassen. Die Autoren sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wie Kurt Leo Shell, jüngere Politikwissenschaftler, Soziologen und Historiker, die in den meisten Fällen einer Tätigkeit an der Hochschule nachgehen, wobei sich jedoch unter ihnen auch einige Publizisten befinden. Das »Handlexikon zur Politikwissenschaft« stellt ein wichtiges Nachschlagewerk dar, das den Studierenden und den politisch Interessierten ermöglicht, sich schnell und umfassend über die Gegenstände der Disziplin, ihre theoretischen und methodischen Probleme zu informieren. Dieses Nachschlagewerk trägt zu einer ersten vorläufigen Strukturierung politikwissenschaftlicher Begriffe bei und ist vor allem dazu angetan, politische und wissenschaftliche Vorurteile über die Wissenschaft von der Politik abzubauen. Kurt Schmitz